

# Von «dicken Brocken» und geringfügigeren Abstimmungen

**FL-Institut** Am Dienstag wurde am Liechtenstein-Institut die Vortragsreihe über direkte Demokratie fortgesetzt. Politologe Wilfried Marxer referierte über die zahlreichen Volksabstimmungen, die aus Initiativen und Referenden zustande gekommen sind.

VON HANNES MATT

Das Thema «Direkte Demokratie in Liechtenstein: Akteure, Themen, Kommunikation, Abstimmungsverhalten» lockte eine grosse Zahl Politikinteressierte in die Räumlichkeiten des Liechtenstein-Instituts nach Bendern. Sogar eine Schulklasse aus dem Gymnasium liess es sich nicht nehmen, Wilfried Marxers Vortrag zu lauschen. «Im direktdemokratischen Verfahren wäre dieser Besuch sicherlich nicht zustande gekommen», witzelte der Direktor des Liechtenstein-Instituts zu Beginn. Damit hatte er aber Unrecht, denn sein Vortrag führte durch die häufig mit heftigen Kontroversen geführten und spannenden Volksabstimmungen, welche durch die direkte Demokratie zustande gekommen sind.



Der Direktor des Liechtenstein-Instituts Wilfried Marxer führte die wöchentliche Vortragsreihe fort. (Foto: Paul Trummer)

## Demonstration und Prügeleien

Es gab eine Vielzahl an Entscheidungen, die per Initiative oder Referendum und weiteren Instrumentarien getroffen wurden. Während ab 1919 besonders Themen zum Wahlsystem ergriffen wurden, verschob sich dies in neuerer Zeit in Richtung Bürger- und politischen Rechts. Marxer erklärte: «Der Landtag war auch immer der Meinung, wenn es um Volksrechte geht, dann soll auch das Volk entscheiden.» Und wenn es zur Abstimmung kam, dann «flogen im Land auch richtig die Fetzen» und es wurde «einander gehörig aufs Dach gegeben». Früher bekämpften sich noch die Parteienzeitleitungen heftig in den umstrittenen Themen.

Jedoch kam es auch in seltenen Fällen zu Auseinandersetzungen in öffentlichen Manifestationen; besonders in dem in den 70er-Jahren vielfach diskutierten Frauenstimmrecht wurde kräftig

Flugblatt im Volksblatt 1982.



tig demonstriert und mit der Gegnerschaft geprügelt. 1971 und 1973 wurde dieses von der männlichen Bevölkerung abgelehnt und erst 1984 angenommen. Marxer ergänzte: «Das damalige Quadratschädel-Flugblatt gehört ja heute schon fast in die Kulturgütersammlung.»

## Wegen eines Toilettenhäuschens ...

Es ging aber auch banaler - ein Beispiel von 1980: Die Kunsthaus-Abstimmung, welche eine unerwartete Kaskade aus Folgeereignissen auslöste. «Für ein Toilettenhäuschen wurde noch ein Boden der Gemeinde Vaduz benötigt. Hier wurde dann auch zugestimmt, gegen den Bodentausch wurde aber 1983 das Referendum ergriffen, was dann aber für ungültig erklärt wurde», versuchte Wilfried Marxer knapp zusammenzufassen. «Es folgte ein riesiger Rechtsstreit und 1991 die Ungültigkeitserklärung der Ungültigkeitserklärung bis zu

Vorwürfen des Amtsmissbrauchs und zur Auflösung des Landtags.»

## Buhrufe gegen den Fürsten

Aus den Volksabstimmungen zu politischen und Kontrollrechten bleibt vor allem das Staatsvertragsreferendum von 1992 über den EWR in Erinnerung, das dann mehrheitlich angenommen wurde: Sollte man vor oder nach der Schweiz über den EWR abstimmen? «Die Regierung und der Landesfürst waren da unterschiedlicher Meinung, das führte zur sogenannten Staatskrise.» Zur Unterstützung der Regierung kam es zu einem Volksauflauf und es fielen Buhrufe, als der Fürst, der gedroht hatte den Landtag aufzulösen, in das Regierungsgebäude eintrat. Nach Uneinigkeiten mit dem Landtag lancierte der Fürst eine Volksinitiative. Der Politologe fragte nach: «Geht das überhaupt? Diese Frage ist immer noch schwebend. Ist der Fürst Teil des Volkes? Ich persönlich tendiere dahin, dass das Fürst dieses Recht nicht haben sollte, man kann nicht beides sein.» Daraufhin folgten lange Debatten und die zehn Jahre spätere

Verfassungsabstimmung - die Fürsteninitiative setzte sich durch. 2012 kam es in einem weiteren Urnengang, in dem das Vetorecht des Fürsten geschmälert werden sollte, was aber eine noch grössere Ablehnung aussagte: Drei Viertel waren dagegen. Eine Sanktionsverweigerung des Staatsoberhauptes fand indes nur im «berühmten» Jagdgesetz von 1962 statt: «Dies war aber keinesfalls willkürlich. Sie vollzog sich in Absprache mit Regierung sowie Landtag und eine neue Vorlage wurde ausgearbeitet.» Marxer ergänzt: «Das Vetorecht sollte meiner Meinung nach aber nicht absolut aufgefasst werden und auch eine gewisse Begründung, ob schon nicht vorgeschrieben, beinhalten.» Die Veto-Androhung würde jedoch in jüngster Zeit oft aktiviert, was zeige, wie stark die Rolle des Fürsten heute geworden ist, etwa beim Thema Schwangerschaftsabbruch. «Direkte Demokratie bleibt aber ein ernst zu nehmender Faktor», fasste Wilfried Marxer zusammen. «Ob als Sicherheitsventil, Not- oder Ausgabebremse und für eine Weiterentwicklung des Rechts.»